

Sträubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 108

Pankrätius, Imelda – Dienstag, 12. Mai 2015 – Pankrätius

1,40 € / B 6527 A

LOKALES

Vergebliche Appelle:
Das Thema Hundekot
erhitzt die Gemüter

REGIONALES

Kritik aus Passau und
Straubing an Studie
über Stromverbrauch

BAYERN

Lebenslängliche
Haftstrafe für den
Mörder von Franziska

WIRTSCHAFT

Euro-Partner dämpfen
Athens Hoffnung auf
baldige Hilfsmilliarden

SPORT

Schalke zieht harte
Konsequenzen: Sam
und Boateng freigestellt

Streik in den Kitas trifft Zehntausende Familien bundesweit

Hunderte Einrichtungen bleiben auch in Bayern zu Eltern suchen verzweifelt nach Alternativen für Kinder

Berlin/München. (dpa) Die Kita bleibt zu – und viele Eltern suchen verzweifelt nach Alternativen: Die Gewerkschaften haben die Streiks an kommunalen Kindertagesstätten auf ganz Deutschland ausgeweitet. Tausende Kitas seien gestern geschlossen geblieben, weil 4000 Beschäftigte sich an dem Arbeitskampf beteiligt hätten, teilte die Gewerkschaft Verdi mit.

Zehntausende Familien mussten ihre Kinder anderswo unterbringen. Ein Ende ist nicht abzusehen, denn die Arbeitgeber halten die Forderung nach einer besseren Eingruppierung der Erzieher für nicht bezahlbar. Mehrere Unternehmen reagierten und versuchen, ihren Beschäftigten bei der Kinderbetreuung zu helfen. Gestern schlossen sich Erzieher in Bayern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen dem Arbeitskampf an. Damit wird nun in allen Bundesländern unbefristet gestreikt. Verdi-Chef Frank Bsirske zeigte sich zufrieden. „Die Arbeit mit und für Menschen hat deutlich mehr Anerkennung verdient.“

In Bayern sind gestern wegen des Streiks mehrere Einrichtungen geschlossen geblieben. In Nürnberg gab es nur in 16 der rund 140 städtischen Kitas einen Notdienst. In München blieben etwa 300 Einrichtungen dicht, in Augsburg rund 30, in Erlangen und Fürth um die zehnte. „Die Streikbeteiligung ist sehr gut. Das war ein erfolgreicher Auftakt für unseren Arbeitskampf“, sagte Jürgen Göppner von Verdi in Mittelfranken. Der Streik soll min-

destens zwei Wochen dauern. In Nürnberg beteiligten sich laut Verdi zudem etwa 2000 Beschäftigte an einer Demonstration. In München gingen etwa 4000 Menschen auf die Straße. Neben Erziehern wollten auch Sozialarbeiter und -pädagogen etwa in Jugendzentren und Behinderteneinrichtungen in den unbefristeten Ausstand treten. Im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst in Bayern sind nach Angaben des Arbeitgeberverbandes etwa 32000 Menschen beschäftigt.

Viele Firmen organisieren inzwischen selbst Angebote für den Nachwuchs von Mitarbeitern. So stockte eine Reihe von Unternehmen wie die Commerzbank und der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport die Kinderbetreuung auf, die den Beschäftigten ohnehin zur Verfügung steht. Die Lufthansa erhöhte die Zahl ihrer „Eltern-Kind-Büros“. Das sind Büros, in denen Eltern arbeiten und zugleich ihre Kinder betreuen können. Der Autobauer Opel bietet seinen Mitarbeitern an, „unbürokratisch und flexibel“ Urlaub, unbezahlten Sonderurlaub, Freischichten oder Home-Office-Tage zu genehmigen.

Die Chefin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe, forderte von den Unternehmen, sich mit den Beschäftigten zu solidarisieren. „Auch die Wirtschaft braucht funktionierende Kitas“, sagte sie der Bild-Zeitung.

Viele Eltern zeigten Verständnis für den Arbeitskampf. Aber die Aussicht auf einen unbefristeten Streik macht auch sie ratlos.



FREUNDSCHAFTSBESUCH: Deutschland und Israel wollen ihre Freundschaft durch die politischen Differenzen etwa im Nahost-Konflikt nicht beeinträchtigen lassen. Vielmehr sollen nach 50 Jahren diplomatischer Beziehungen diese noch ausgebaut werden, betonten Bundespräsident Joachim Gauck (r.) und der israelische Präsident Reuven Rivlin gestern nach einem Treffen in Berlin. Gauck bekräftigte aber ebenso wie Kanzlerin Angela Merkel (CDU), dass Deutschland weiter für eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten eintritt. Seite 2

Reparieren statt wegwerfen

Erstes Repair-Café der Region findet im Oktober an der Straubinger Vhs statt

Straubing. (red) Was macht man mit einem Toaster, der nicht mehr funktioniert? Mit einem Fahrrad, bei dem das Rad schleift oder mit einem Pullover mit Mottenlöchern? Wegwerfen? Warum sollte man! Die Volkshochschule Straubing organisiert mit Unterstützung der Bürgerstiftung und in Kooperation mit Freiwilligen-Zentrum und ZAW-SR ab Herbst dieses Jahres regelmäßig ein Repair-Café. Starttermin für das erste Repair-Café in der Region ist am Samstag, 31. Oktober.

An der Vhs im Steinweg 56 dreht sich an diesem Tag dann alles ums Reparieren. Zwischen 11 und 16 Uhr werden ehrenamtliche Fachleute wie Elektriker, Schreiner und Näherinnen kostenlos bei allen möglichen Reparaturen helfen. Zudem sind verschiedene Werkzeuge und Materialien vorhanden. Das Konzept zum Repair-Café ist in Amsterdam entstanden, wo eine Stiftung seit 2010 regelmäßig Repa-



Der ZAW-SR ist Kooperationspartner des ersten Repair-Cafés in Straubing. Damit will er einen Beitrag zur Müllvermeidung leisten. (Archivfoto)

raturtreffen organisiert. Seit Januar 2011 unterstützt diese Stiftung auch örtliche Gruppen weltweit, die ihr eigenes Repair-Café beginnen wollen. Die Vhs will nach dem 31.

Oktober regelmäßig solche Treffen organisieren. Freiwillige Tüftler, die mithelfen wollen, können sich beim Freiwilligen-Zentrum, Telefon 09421/989635, melden.



GUARDIOLA BLEIBT: Pep Guardiola hat sich nach den erneuten Gerüchten um das Interesse von Manchester City klar zum FC Bayern bekannt: „Ich werde nächste Saison hierbleiben. Das ist alles.“ Sport

Böhrnsen tritt nach Wahlschlappe in Bremen ab

SPD sucht Nachfolger für Bürgermeister – Weitere Koalition mit Grünen fraglich

Bremen. (dpa) Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen will nach der SPD-Wahlschlappe nicht mehr als Regierungschef kandidieren. „Als Spitzenkandidat der SPD übernehme ich selbstverständlich Verantwortung für das enttäuschende Wahlergebnis für meine Partei am 10. Mai 2015“, teilte er in einer Erklärung gestern mit. Er wolle den Weg für eine personelle und inhaltliche Neuaufstellung seiner Partei frei machen. Am Abend beauftragte der Bremer SPD-Vorstand Landeschef Dieter Reinken, bis zum kommenden Montag Gespräche mit Nachfolgekandidaten zu führen und Vorschläge zu machen.

Böhrnsen regiert im kleinsten Bundesland seit 2005 und ist damit dienstältester Ministerpräsident in

Deutschland. Die SPD fuhr nach einer amtlichen Hochrechnung bei der Wahl am Sonntag mit 32,8 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis seit 1946 ein. Auch die Grünen – seit 2007 Koalitionspartner der SPD – erlitten Verluste. Rot-Grün könnte dennoch mit knapper Mehrheit weiterregieren.

Die Landesvorsitzenden beider Parteien ließen am Tag nach der Wahl die Zukunft ihrer Koalition offen. Reinken (SPD) und Ralph Saxe (Grüne) sagten, sie wollten zunächst das endgültige Ergebnis abwarten und die Situation dann bewerten. „Zu Koalitionen werde ich heute keine Aussage machen“, sagte Reinken. „Ich halte realistischerweise zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur eine Fortsetzung der rot-

grünen Regierung für möglich oder eine große Koalition.“ Beide Parteien waren ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf gegangen, hatten aber keinen Zweifel daran gelassen, die gemeinsame Regierungsarbeit fortsetzen zu wollen. In der letzten Wahlperiode verfügten sie über eine komfortable Zweidrittelmehrheit, nach der amtlichen Hochrechnung kommen sie auf 44 der 83 Sitze.

Die Grünen im Bund setzen auch nach dem Rücktritt von Böhrnsen auf den Fortbestand des rot-grünen Regierungsbündnisses. „Wir gehen davon aus, dass die SPD zu ihren Aussagen aus dem Wahlkampf steht, weiter in einer rot-grünen Koalition regieren zu wollen“, sagte Grünen-Chef Cem Özdemir.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU)

gab SPD und Grünen in Bremen die Hauptschuld an der historisch niedrigen Wahlbeteiligung von nur rund 50 Prozent. Es sehe ganz danach aus, als seien sehr viele Wähler beider Parteien aus Enttäuschung zu Hause geblieben, sagte Merkel.

Nach der vom Wahlleiter veröffentlichten Hochrechnung erzielt die SPD 32,8 Prozent der Stimmen (-5,8 Prozentpunkte). Die Grünen bekommen 15,2 Prozent (-7,3). Gewinner sind die CDU mit 22,6 Prozent (+2,2), die Linke mit 9,3 Prozent (+3,7), die FDP mit 6,8 Prozent (+4,4). Die AfD kommt auf 5,4 Prozent. Das ergibt eine Sitzverteilung von 30 Sitzen für die SPD, 14 für die Grünen, 20 für die CDU, 8 für die Linke, 6 für die FDP, 4 für die AfD und 1 Sitz für die „Bürger in Wut“.

Anzeigenservice • 09421/940 6200

20320
4 190652 701403

Vertriebsservice • 09421/940 6400